



Starke Frauen, starkes Land – Vielfalt bereichert

Im Mai fand im Landratsamt Heppenheim die Veranstaltung *Starke Frauen, starkes Land – Vielfalt bereichert!* statt. Eingeladen hatte das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa gemeinsam mit dem Kreis Bergstraße.

In ungezwungener Atmosphäre berichteten die erfolgreichen Frauen über ihren Werdegang. Die Geschichten regten zum Nachdenken an und zeigten eine große Portion starken Willen und eine erfrischende Leichtigkeit, mit der die Frauen die Herausforderungen des Lebens in ihrer neuen Heimat – mit Höhen und Tiefen, enttäuschten und übertroffenen Erwartungen – meistern. Die Frauen sollten Mut machen und beispielgebend sein für junge Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund (und ohne), die ihr Leben trotz etwaiger Schwierigkeiten erfolgreich gestalten möchten. Es wurde deutlich, dass *Starke Frauen* vor allem sehr viel Eigeninitiative und eine positive Lebenseinstellung gemein sind.

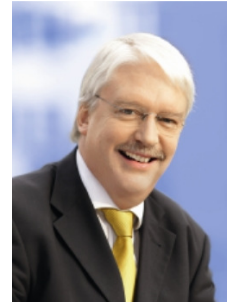
Als Rahmenprogramm gab es musikalische Beiträge der Musikschule Heppenheim. Begrüßt wurden die zahlreichen Gäste – die etwa 80 Plätze waren restlos besetzt – vom Ersten Kreisbeigeordneten des Kreises Bergstraße, Thomas Metz, und dem Leiter der Abteilung Integration des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, Dr. Walter Kindermann.

Die geladenen „Starke Frauen“ waren

- **Prof. Dr. Havva Engin**, Leiterin des Interkulturellen Kompetenzzentrums der Pädagogischen Hochschule Heidelberg,
- **Semra Budak**, Lehrerin am Helmholtz-Gymnasium Heidelberg,
- **Mary Anne Kübel**, Gründerin des Odenwald-Instituts für personale Pädagogik und der Mary Anne Kübel Stiftung sowie Mitglied im Kreissenorenbeirat,
- **Tuulikki Lähdesmäki**, Malerin und Mitglied der Gruppe „Kunst im Fürstenlager“,
- **Dr. Fatemeh Schmidt**, Vorsitzende des Ausländerbeirates Bensheim und Inhaberin der Computerschule Bensheim, sowie
- **Wadeni Selvanathan**, Gründerin und Geschäftsführerin des Pflegedienstes Bergstraße.

Jörg-Uwe Hahn

Hessischer Minister der
Justiz, für Integration und
Europa



Liebe Leserinnen und Leser,

wer nach dem Sinn von Integrationspolitik fragt, der schaue nach Norwegen: Islamfeindlichkeit als eine der Ausreden für die entsetzlichen Verbrechen eines Mannes, dem 77 Menschen zum Opfer fallen. Der schaue nach England, wo u.a. die Perspektivlosigkeit von jungen Menschen einer bestimmten sozialen Schicht zu massiven Ausschreitungen führt. Gegen Verbrechen ist kein Land gefeit. Für uns die Mahnung, Integration voranzutreiben!

Als Integrationsminister arbeite ich an einer Willkommenskultur für Zugewanderte, die von Respekt und Vertrauen geprägt ist. Hass gegen andere hat darin keinen Platz! Von der Gesellschaft ist Achtung und Respekt gefragt, von den Zugewanderten die volle Identifikation mit unseren demokratischen Grundwerten.

Perspektivlosigkeit kann stets zu einem gesellschaftlichen Sprengsatz werden. Der Migrationshintergrund gibt hingegen immer weniger den Ausschlag für Benachteiligungen. Das zeigen die „Meinungsbilder“, die wir vor kurzem veröffentlicht haben.

Ein Ergebnis ist, dass der soziale Status für die Befragten eine größere Rolle spielt als der Migrationshintergrund. Mehr dazu finden Sie in diesem Integrationsbrief - viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Islamischer Religionsunterricht in Hessen: keine Übergangslösung wie in anderen Bundesländern

Die Landesregierung verfolgt weiterhin konsequent das Ziel, einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen einzuführen. Dabei ist das Grundgesetz Maßstab des Handelns: Es legt in Artikel 7 Absatz 3 fest, dass Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ zu erteilen ist.

Dies bedeutet, dass muslimische Verbände und Vereine bestimmte Anforderungen an eine Religionsgemeinschaft erfüllen müssen, um Einfluss auf die Inhalte eines islamischen Religionsunterrichts geltend machen zu können. DITIB Hessen und Ahmadiyya Muslim Jamaat, zwei muslimische Organisationen, haben bereits Anträge gestellt, um als Ansprechpartner für die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache anerkannt zu werden. Die Anträge werden zurzeit im Kultusministerium geprüft. Sollte sich keine Religionsgemeinschaft entsprechend der Vorgaben der Verfassung bilden, so wird im Fach Ethik – dies sieht die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung vor - eine religionskundliche Unterweisung in islamischer Religion stattfinden. Hinter dieser etwas sperrigen Bezeichnung verbirgt sich ein neutraler Unterricht über Grundlagen des Islam. Bekenntnisse werden hier nicht gelehrt, ebenso wenig wird ein Anspruch auf bestimmte Wahrheiten vermittelt.

Übergangslösungen, insbesondere die in Nordrhein-Westfalen angestrebte Beiratslösung, erreichen nicht das Ziel, den Islam anderen Religionen gemäß dem Grundgesetz gleichzustellen. Solche Übergangslösungen führen nur dazu, dass Verbände des Islam in Deutschland organisatorisch auf dem halben Weg stehen bleiben und eine grundgesetzkonforme Lösung in weite Ferne rückt. Zudem sind solche Lösungen auch verfassungsrechtlich sehr bedenklich.

In Hessen ist und bleibt jedoch das Grundgesetz der Maßstab für einen am Bekenntnis orientierten islamischen Religionsunterricht. Das bedeutet, dass eine den Vorgaben des Grundgesetzes entsprechende Religionsgemeinschaft die dauerhafte Gewähr der Treue zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bietet oder dass sie zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau vertritt. Diese Voraussetzungen müssen alle Organisationen erfüllen, die als Religionsgemeinschaft in Deutschland anerkannt werden wollen.

Integrations-Staatssekretär trifft 70 START-Stipendiaten auf dem Hessentag



Mit rund 70 START-Stipendiaten war der für Integration zuständige Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit im Rahmen des diesjährigen Hessentags in Oberursel in angeregten Gesprächen. Mit dabei auch der American Women's Club of Taunus (AWCT), dessen Vorsitzende Elaine Kuether den Erlös der Spendengala 2011 in Höhe von 22.000,- Euro für die Arbeit der Stiftung zur Verfügung stellt. Staatssekretär Dr. Kriszeleit fand herzliche Worte für so viel Großzügigkeit: „Ein sehr gelungenes Beispiel, wie Integration gelebt werden kann!“.

Die START-Stiftung, die nach dem Motto „Wir geben der Integration ein Gesicht“ arbeitet, vergibt Stipendien an engagierte Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Sie sollen unabhängig von Herkunft, Status und sozialem Umfeld ihre Talente und Leistungspotentiale entfalten können. Vorrangiges Ziel ist eine höhere Schulbildung. Die START-Stiftung leistet damit einen bedeutenden Beitrag für den Erfolg von Integration.

Zukunftskonferenz II

„Sich irritiert zu fühlen ist der Anfang wahren Wissens.“ *Khalil Gibran, libanesischer Dichter*

Gerade kommunale Strukturen und Institutionen sind als erste Anlaufstellen für Zugewanderte und Einheimische gefragt, darauf zu achten, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner die Regeleinrichtungen (von Kindergärten über Schulen bis zu Beratungsstellen) in Anspruch nehmen können. Dieser Herausforderung können die Einrichtungen nur gerecht werden, wenn sie in einen Prozess zur Interkulturellen Öffnung eintreten.

Interkulturelle Öffnung bedeutet dabei insbesondere:

- Umdenken von der Konzentration auf Minderheiten hin zur Mehrheitsgesellschaft
- Veränderungsprozesse von Personen und Organisationen
- Veränderung des Blickwinkels: von der Defizitorientierung zur Ressourcenorientierung.

Das Anstoßen dieses Paradigmenwechsels in den Institutionen ist eines der herausragenden Ziele des Modellregionen-Programms. In einer immer vielfältigeren Gesellschaft wird damit Sorge dafür getragen, dass alle Menschen in Hessen unabhängig von ihrer Herkunft Angebote und Dienstleistungen der Regelstrukturen gleichermaßen nutzen können. Diese müssen zielgruppenspezifisch gestaltet werden und unterschiedliche Bedarfe berücksichtigen. Auch die Verwaltungen sollen sich dementsprechend aufstellen.

Am 20. Juni 2011 fand mit dem Fokus auf Interkulturelle Öffnung die zweite Zukunftskonferenz in Wiesbaden statt. Damit diese Anforderung wirklich nachhaltig in die Kommunen getragen wird, wurden neben den Akteuren aus den Modellregionen Integration und dem Kompetenzkreis Integration auch kommunale Personal- und Organisationsentwickler zur Teilnahme eingeladen.



Lebhafter und konstruktiver Austausch in einem der Workshops

Die Zukunftskonferenz hat besonderen Wert auf die inhaltliche Konkretisierung des Themas Interkulturelle Öffnung gelegt. Hierzu wurden verschiedene Workshops angeboten, die relevante Fragestellungen aufgriffen und diskutierten, aber auch die Möglichkeit boten, sich über die kommunalen Grenzen hinaus zu Best-Practice-Beispielen auszutauschen.

Um die Inhalte an die bestehenden Bedarfe der Kommunen anzupassen, wurden diese Workshops in Kooperation mit der Modellregion Wiesbaden, dem Landkreis Offenbach und der Stadt Rüsselsheim durchgeführt.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftskonferenz II

Die spannenden Diskussionen in den Workshops haben auch kritische Reflexionen zu diesem Thema nicht ausgeblendet. So wurde engagiert diskutiert, wie Interkulturelle Öffnung mehr Chancengleichheit ermöglicht, aber auch durch eine Stereotypisierung und Festschreibung von Merkmalen zu neuen Ausgrenzungen führen kann.

Das Feedback der Teilnehmenden zur Zukunftskonferenz war durchweg positiv, insbesondere wurde die Möglichkeit zum persönlichen Austausch sehr geschätzt.

Meinungsbilder – Zur Wahrnehmung der Zuwanderung und Integration in Hessen 2011

Mit dem Integrationsmonitoring – übersetzt: Beobachtung – hat die Hessische Landesregierung ein wissenschaftlich fundiertes Instrument entwickelt, das Fakten für eine passgenaue Integration liefert.

Als Ergänzung zu dem ersten Hessischen Integrationsmonitor „Integration nach Maß“ aus 2010 zeigen nun die „Meinungsbilder – Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011“ weitere Erkenntnisse.

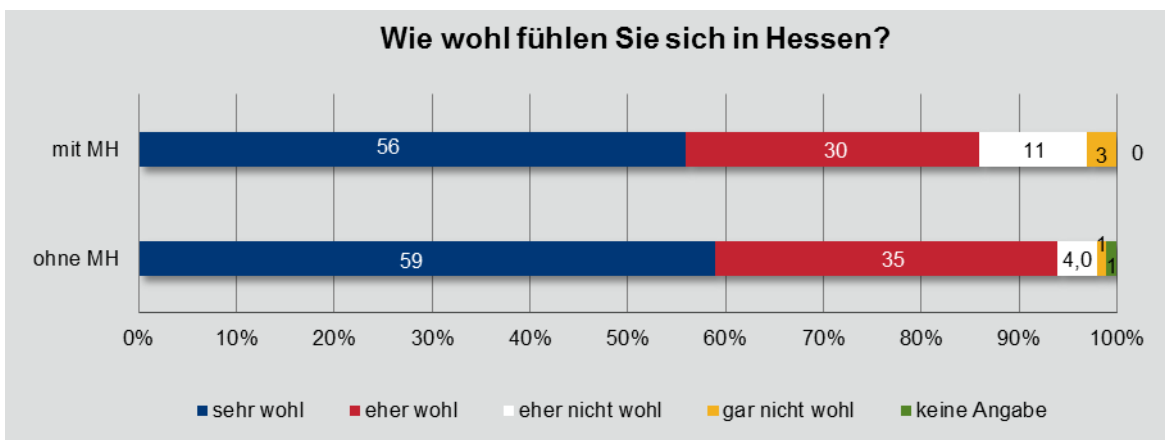
Der Hessische Integrationsmonitor („Integration nach Maß“) greift vor allem auf amtliche Statistiken zurück. Er bietet eine Fülle von Daten für die strukturelle Dimension der Integration - das sind vor allem die Themenfelder Arbeit, Bildung, Einkommen. Für die ergänzende und vertiefende Ausleuchtung der sozialen, der kulturellen und der identifikatorischen Dimension der Integration war die Erhebung zusätzlicher Daten notwendig. Entsprechend hat das renommierte Medien- und Sozialforschungsunternehmen TNS Emnid eine repräsentative Befragung für Hessen durchgeführt.

Als besonders wichtiges Ergebnis hob Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn bei der Präsentation der „Meinungsbilder“ im Rahmen einer Pressekonferenz am 22. Juni 2011 hervor, dass sich die Auffassungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in vielen Fragen nur geringfügig unterscheiden. Die Gegenüberstellung von „wir Einheimische“ einerseits und „die Zugewanderten“ andererseits erscheint überholt. Die deutliche Mehrheit der Personen mit und ohne Migrationshintergrund fühlt sich als ein Teil von Hessen; Zugewanderte „sind angekommen“, ihre Kinder „gehören dazu“. Integrationsprobleme scheinen eher aus einem schwachen sozialen Status zu resultieren als von der geographischen oder kulturellen Herkunft bestimmt zu sein – auch darin sind sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund laut den Ergebnissen der Studie einig. „Ich sehe, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und ich wünsche mir, dass wir unsere Arbeit weiterhin so gut machen, dass wir in zehn Jahren keinen Integrationsminister mehr brauchen werden“, zog Jörg-Uwe Hahn abschließend Bilanz.



Zentrale Ergebnisse der Studie:

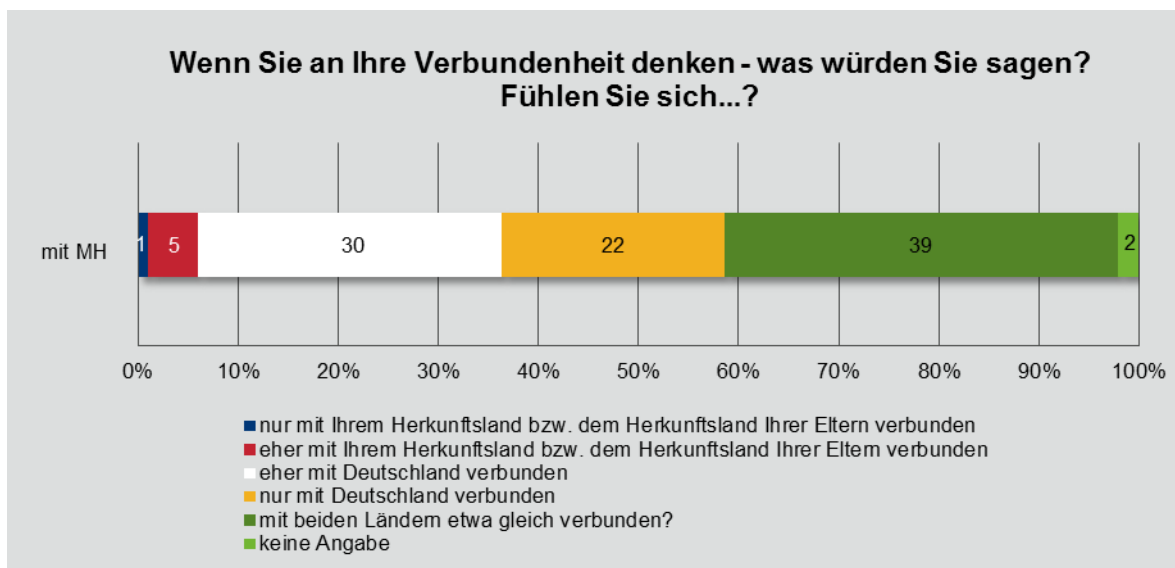
- 93% der Hessen fühlen sich in ihrem Bundesland „wohl“, 59% sogar „sehr wohl“. Unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es 86%, unter denen mit eigener Migrationserfahrung sogar 91%.



- Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Hessen denkt „nie“ oder „selten“ an die Möglichkeit der Auswanderung. Dies gilt sowohl für Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund. Bei ersteren

ist der Anteil derer, die „oft“ an Auswanderung denken, deutlich höher als bei den Personen ohne Migrationshintergrund.

3. Etwa die Hälfte der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund glaubt, dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Zugewanderte ebenso gut wie für Einheimische sind. Mehr Personen mit Migrationshintergrund hegen hieran deutlichere Zweifel (häufigere Angabe von „überhaupt nicht“: 17%) als Personen ohne diesen Hintergrund (5%). Ähnlich positiv ist die Einschätzung der Aufstiegschancen im Betrieb, noch besser die Beurteilung der Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten – gerade durch Personen mit Migrationshintergrund. Diese Befragten beurteilen auch die Chancen von Zugewanderten am Wohnungsmarkt besser als Personen ohne Migrationshintergrund. Bemerkenswert positiv ist die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Beteiligungschancen von Zugewanderten und Einheimischen bei den Hessen mit und ohne Migrationshintergrund.
4. Gut 60% der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund meinen, dass die hessische Gesellschaft genug dafür tue, Zuwanderer erfolgreich zu integrieren. Das eindeutige „ja“ wird von Personen mit Migrationshintergrund sogar häufiger angegeben.
5. Gut zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, die Zugewanderten selbst müssten mehr für Integration tun. Personen ohne Migrationshintergrund vertreten diese Meinung etwas öfter.
6. Die Frage nach erwünschter sozialer Nähe („als Nachbar angenehm“) in Abhängigkeit von Staatsbürgerschaft und sozialem Status wird von der hessischen Bevölkerung überwiegend tolerant beantwortet. Ein Unterschied zeigt sich eher beim sozialen Status als beim Migrationshintergrund; fast 90% aller Befragten fänden einen hochqualifizierten deutschen oder ausländischen Nachbarn, der einer gut bezahlten Arbeit nachgeht, „angenehm“.
7. Für zwei Drittel der Befragten – mit oder ohne Migrationshintergrund – stellt Zuwanderung eine Bereicherung für die Gesellschaft dar.
8. Etwa zwei Drittel der Befragten – mit oder ohne Migrationshintergrund – vertreten die Auffassung, dass „vor allem“ oder „nur“ leistungsstarke Zuwanderer ins Land kommen sollten. Personen ohne Migrationshintergrund wünschen sich etwas häufiger als Personen mit Migrationshintergrund, dass „vorwiegend soziale Gründe“ als Zuwanderungskriterium Anwendung finden sollten. Eine uneingeschränkte Zuwanderung können sich nur 6% der Befragten vorstellen – Personen mit Migrationshintergrund etwas häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund.
9. Fast alle Befragten mit Migrationshintergrund (91%) empfinden eine Verbundenheit mit Deutschland: 39% der Befragten spüren eine „in etwa gleiche“ Verbundenheit mit Deutschland und dem Herkunftsland, 30% fühlen sich „eher mit Deutschland“ verbunden, 22% „nur mit Deutschland“ verbunden. „Nur mit dem Herkunftsland verbunden“ fühlt sich dagegen nur 1%.



Kooperationsprojekt mit der FH Frankfurt am Main - Sommersemester 2011

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hat erstmals eine Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt ins Leben gerufen! Beteiligte der Kooperation sind Studierende des Bachelor-Studiengangs „Soziale Arbeit“.

Ziel der Kooperation ist es, Vorhaben des Integrationsministeriums stärker mit Angeboten hessischer Bildungseinrichtungen wie der Fachhochschule zu verbinden. Durch die Anknüpfung an wissenschaftliche Diskussionen können Impulse zur Ausgestaltung zukünftiger Integrationsansätze auf kommunaler oder auf Landesebene gewonnen werden. Forschungs- und Praxisgegenstand ist das vom Ministerium ins Leben gerufene Landesprogramm „Modellregionen Integration“.

Deutschland ist mittlerweile mit Blick auf 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ein Land der Vielfalt. Insbesondere für Institutionen der sozialen Arbeit wie beispielsweise Jugendämter, Wohlfahrtsverbände, aber auch Kindertagesstätten heißt das, ihre Angebote durch eine interkulturelle Orientierung so auszurichten, dass sie allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft zugänglich sind. Modelle für ein Gelingen dieses Ansatzes werden im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ entwickelt.



Im vorangegangenen Semester haben die ca. 40 Studierenden gemeinsam mit dem Integrationsministerium eine praxisrelevante und aktuelle Fragestellung zum Thema „Interkulturelle Öffnung in der Sozialen Arbeit“ ausgearbeitet. Um diese hinsichtlich der konkreten Praxis vor Ort zu bearbeiten, wurde hier explizit auf Einrichtungen in den Modellregionen bzw. im „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ Bezug genommen.

Im Sommersemester 2011 wurde die überaus gelungene Kooperation fortgeführt und beinhaltete auch eine Exkursion der Studierenden zum Ministerium und ein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit. Die Kooperation

wurde von den Studierenden sehr positiv bewertet. Sowohl der konkrete Praxisbezug als auch der Einblick in die Arbeit des Integrationsministeriums wurden als sehr interessant bewertet. Vor dem Hintergrund der Aktualität der interkulturellen Öffnung in der Sozialen Arbeit ist die Kooperation für beide Partner von Vorteil und wird daher fortgeführt.

Staatssekretär Dr. Kriszeleit spricht vor agah - Plenum auf dem Hessestag



Von links nach rechts: Ulrike Foraci (agah-Geschäftsführerin), Corrado Di Benedetto (agah-Vorsitzender), Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit und weitere agah-Vorstandsmitglieder

Auch dieses Jahr traf sich die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) zu ihrer jährlichen Plenumsitzung auf dem Hessestag. Neben Staatssekretär Wilhelm Brockmann aus dem Kultusministerium und anderen Gästen war auch Integrations-Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit eingeladen.

Dr. Kriszeleit sprach vor den 60 Delegierten der hessischen Ausländerbeiräte über die aktuellen integrationspolitischen Entwicklungen und die Notwendigkeit der Etablierung einer Willkommenskultur.

PORTRAIT – Prof. Dr. Leo Latasch

Prof. Latasch wurde am 26. Dezember 1952 in Offenbach geboren. Er wuchs in Frankfurt auf, wo er auch studierte und bis heute arbeitet. Bereits seit langem engagiert er sich ehrenamtlich für die jüdische Gemeinschaft, vor allem für die Integration von sog. Kontingentflüchtlingen. Von Beruf ist er Facharzt für Anästhesie und Notfallmedizin, seit 5 Jahren ist er als Ärztlicher Leiter Rettungsdienst für die Stadt Frankfurt tätig.



Prof. Dr. Latasch

Die Liste seiner Ehrenämter ist lang. Er gehört seit 1988 dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde als Sozialdezernent in Frankfurt an, seit 1995 ist er Vorstandsmitglied der ZWST (Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), seit 1999 stellvertretender Vorstandsvorsitzender, seit 2004 Direktoriumsmitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Als die Hessische Landesregierung im Jahr 2000 den Integrationsbeirat des Landes Hessen ins Leben rief, entsandte ihn die Jüdische Gemeinde Frankfurt als Delegierten; bis heute nimmt er diese Position wahr. 20 Jahre gehörte er darüber hinaus dem Vorstand der Henry- und Emma Budge-Stiftung (Alten- und Pflegeheim in Frankfurt, in dem Juden und Christen unter einem Dach leben) an. „Dass Christen und Juden gerade nach

dem Holocaust bereits seit Jahrzehnten unter einem Dach zusammen leben können, zeigt, dass Integration sehr wohl möglich ist“, so Latasch. Für Ignatz Bubis, ehemaliger Zentralratspräsident und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Frankfurt, war die Beherrschung der deutschen Sprache für die Zuwanderer (Juden aus der ehemaligen UDSSR) ein absolutes Muss. „Daran halte auch ich bis heute fest“, bekräftigt Latasch, „für mich ist dies ein Hauptpfeiler der Integration. Wie kann ich ein gesellschaftlicher Bestandteil, ein Bürger eines neuen Landes werden, wenn ich nicht verstehe, was sich um mich herum tut?“, so Latasch weiter.

„Die Integration unserer Gemeindemitglieder unterscheidet sich nur wenig von der Integration anderer Nationalitäten in ganz Deutschland. Die Erfahrung, die ich dabei gewinnen konnte, ist etwas, was ich im Integrationsbeirat einbringen kann und darf. Integration bedeutet für mich nicht die Aufgabe der eigenen Identität und sollte auch nicht mit Anpassung verwechselt werden. Parallelgesellschaften halte ich jedoch für äußerst problematisch. Zu einer Demokratie, wie sie in Deutschland vorhanden ist, gehören nun einmal Rechte, aber auch Pflichten jedes Einzelnen.“

Was ihn immer wieder stört? „Wenn wieder mal von Mitbürgern gesprochen wird. Es sollte uns ein Bedürfnis sein, gerade die Menschen, die sich mit diesem Staat, seiner Kultur, seiner Vielfalt an Religionen identifizieren, als Bürger dieses Landes zu bezeichnen, egal welcher Nationalität oder Religion sie entstammen.“

Eröffnung einer neuen Moschee – Integrationsminister Hahn besucht das Fest der Ahmadiyya-Gemeinde



Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn bei seiner Rede

Mit einem Fest eröffnete die Ahmadiyya Muslim Jamaat e. V. am 18. Juni 2011 eine neue Moschee in Ginsheim-Gustavsburg. Das islamische Gotteshaus wird nun Angehörigen der Gemeinschaft aus Gustavsburg, Ginsheim und Bischofsheim Platz für das Gebet und das Gemeindeleben bieten. Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn, der auf Einladung der Ahmadiyya-Gemeinde das Fest besuchte, machte in seiner Rede deutlich, dass die neue Moschee Symbol für die neue Heimat der Mitglieder der Ahmadiyya in Hessen sei.

Die traditionsreiche Ahmadiyya hat Anfang 2011 ihre Anerkennung als Ansprechpartner für die Einführung bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts beantragt.

Die Modellregion Integration Hochtaunuskreis auf dem Hessentag 2011

Die Modellregion Integration Hochtaunuskreis präsentierte sich auf dem Hessentag 2011 in Oberursel in der Landesausstellung mit gleich drei Veranstaltungen. Viele Besucherinnen und Besucher informierten sich über die Arbeit und führten interessante Gespräche, so wusste Özge Erkaner, 2. Programmkoordinatorin der Modellregion und Koordinatorin des Case-Managements, zu berichten.

Außerdem fand ein Workshop zum Thema „Ehrenamtliche in der Integrationsarbeit“ statt. Dabei stellten die durch das Land Hessen geförderten Träger, der Internationale Bund, die Freiwilligen-Agentur Neu-Anspach und der Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V., ihre Projekte vor. Sie alle bilden im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ Ehrenamtliche zu Integrationslotsen oder Bildungscoaches aus, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Die anwesenden Integrationslotsen berichteten anschaulich von ihrer engagierten Arbeit mit Migrantinnen, Migranten, Familien und Jugendlichen.

Dann erfolgte bei einer Podiumsdiskussion die Vorstellung von vier Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund aus dem Landkreis. Die Veranstaltung „Erfolgreiche Migrantinnen und Migranten im Hochtaunuskreis“ wurde von der Journalistin Canan Topcu moderiert. In persönlichen Berichten erzählten die vier, wie es ihnen gelungen ist, in Deutschland anzukommen und sich zu integrieren.



Canan Topcu (2.v.rechts) im Gespräch mit den „erfolgreichen Migrantinnen und Migranten“

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn überreichte schließlich bei einer weiteren Veranstaltung mehreren ausgebildeten Integrationslotsen Anerkennungszertifikate sowie ein Hessen-Buch als Dank für ihr ehrenamtliches Engagement.

Integration in Hessen – VERANSTALTUNGSTIPPS

- **28.09.2011 - "Zusammenhalten - Zukunft gewinnen"** - Empfang der Stadt Offenbach am Main (Modellregion Integration Offenbach) - Feierlicher Empfang durch Bürgermeisterin Birgit Simon, Schirmherrin, Festredner Staatssekretär Dr. Kriszeleit ab 18.00 Uhr im Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal – Informationen über den Integrationsbeauftragten der Stadt Offenbach, 069-8065-3587 (Veranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger)
- **30.09.2011 – „Vereine erfolgreich unterwegs in die Zukunft – Best of Sinasi Dikmen“** - Information und Kabarett in Hanau im Congress-Park-Hanau von 17:30 bis 21:30 Uhr (Eintritt: frei; Veranstaltung für Vereine)



Impressum

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa
Abteilung Integration
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
www.integrationskompass.de

V.i.S.d.P.: Dr. Hans Liedel
Tel. 0611/322695

Redaktion: Claudia Hackhausen
Tel. 0611/322038
Banu Rübeling
Tel. 0611/322031

E-Mail: integration@hmdj.hessen.de
Druck: Dinges & Frick GmbH, Wiesbaden